



Im Dialog

Pakistans Premier Imran Khan fährt nach dem erneuten Machantritt der Taliban einen pragmatischen Kurs – und startet Friedensgespräche mit den Radikalislamisten im eigenen Land. Von Thomas Berger

SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellcoupon auf Seite 5

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 18. OKTOBER 2021, NR. 242 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Äußerst profitabel

Corona: Reiche Länder horten Impfstoff, während Menschen im globalen Süden am Virus sterben

2

Wenig druckempfindlich

Israel lässt sich durch die USA nicht von seinen hervorragenden Beziehungen zu China abbringen

3

Enorm konfliktreich

Deutsche Opel-Werke: Konzern droht mit Jobverlagerung nach Marokko. Proteste angekündigt

5

Kaum ausgelotet

Ein Band mit Beiträgen zur Diskussion über die Entwicklung Chinas. Von Thomas Kuczynski

15

Siamo tutti antifascisti!

Wir sind alle Antifaschisten: Massendemo von Gewerkschaften und Linken in Italien eine Woche nach ultrarechten Attacken. Von Gerhard Feldbauer



»Angriff auf die Würde der Arbeitenden«: Proteste in Rom am Sonnabend

Nein zu Faschismus und Gewalt: Unter dieser Losung sind in Rom eine Woche nach dem Angriff auf die Zentrale der Gewerkschaft CGIL am Sonnabend Zehntausende auf die Straße gegangen. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die CGIL, die mit 5,6 Millionen Mitgliedern stärkste der drei großen Gewerkschaften Italiens. Laut Angaben der Veranstalter waren 200.000 Menschen gekommen, die Stadtverwaltung sprach von 50.000, wie die staatliche Nachrichtenagentur ANSA berichtete. Zahlreiche Polizeieinheiten und Hubschrauber waren im Einsatz.

Dem Aufruf gefolgt waren laut der linken Tageszeitung *Il Manifesto* verschiedene Verbände, Bewegungen und Parteien: vom sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) über die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und die Linkspartei Freie und Gleiche (LeU) bis zum Nationalen Partisanenverband

ANPI, der Aktion Italienische Linke und Kommunisten. Am Mittwoch beginnt im Senat die Debatte über die Anträge von PD, LeU, M5S und Italia Viva, Organisationen wie die Forza Nuova per Gesetz aufzulösen – die Demonstration sollte der Forderung Nachdruck verleihen.

Mit Fahnen und Bannern waren die Gewerkschafter und linken Gruppen um den Veranstaltungsort der Massenkundgebung auf der Piazza San Giovanni gezogen. Als erstes sprach Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds. Die Chefs der drei großen italienischen Gewerkschaften, Maurizio Landini (CGIL), Luigi Sbarra (CISL) und Pierpaolo Bombardieri (UIL), forderten in ihren Reden, der faschistische Gewalt entschieden entgegenzutreten.

Die Kundgebung fand am Vorabend der für Sonntag und Montag angesetzten Stichwahl der Bürgermeister

in Rom, Turin, Triest und weiteren 65 Städten statt. Die Redner, darunter Landini, wiesen den Vorwurf zurück, sie wollten sich in die Wahlen »einmischen«. Dies hatte Matteo Salvini (Lega) mit Blick auf die Kundgebungen nahegelegt. »Während in Europa der islamische Terrorismus, die einzige wirkliche Gefahr dieser Tage, Blutvergießen verursacht, macht die Linke in Rom Wahlkampf, indem sie Faschisten jagt, die es zum Glück nicht mehr gibt.«

Landini hingegen erklärte: »Der Angriff auf die CGIL, der Angriff auf die Gewerkschaft, ist ein Angriff auf die Würde der Arbeitenden des ganzen Landes«, und weiter, »wir sind nicht hier, um irgend jemanden zu verteidigen, sondern um die Demokratie zu verteidigen und sie auszubauen.« Dazu müsse die Verfassung »wieder zum Leitstern« werden. An der Kundgebung hatten auch PD-Chef Enrico Letta, M5S-Sekretär Giuseppe Conte und

Außenminister Luigi Di Maio (ebenfalls M5S) teilgenommen. Beide Parteien sitzen gleichzeitig mit den Faschisten von Salvini Lega und der Forza Italia (FI) Silvio Berlusconi in der Regierung von Premier Mario Draghi. Letta sagte, es sei »eine sofortige Reaktion« auf die Angriffe erforderlich, damit faschistische Gewalt verhindert und die Prinzipien und Werte der Verfassung verteidigt werden können. Conte betonte, man vereine sich nicht »unter Parteiensymbolen«, sondern stehe gemeinsam »unter der Tricolore auf dem Platz«.

Unterdessen hat es, wie ANSA berichtete, eine Attacke auf die Website der CGIL gegeben. Laut der Gewerkschaft habe »in Verbindung« mit der Demo ein struktureller Computerangriff stattgefunden, der das gesamte Kommunikationssystem der CGIL beeinträchtigt habe. Man habe daraufhin alle Zugänge geschlossen, um das System zu schützen.

Bericht: Beamte eilig mit Spitzenjobs versorgt

Berlin. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) hat einem Bericht zufolge seine Ministerkollegen per Brief ermahnt, auf Beförderungen und Ausschreibungen für neue Projekte zu verzichten. Jede noch geplante Beförderung »steht unter meinem ausdrücklichen Vorbehalt«, wird Braun laut AFP-Meldung vom Sonntag in einem Medienbericht zitiert.

Am Sonnabend hatte das Portal *Business Insider* berichtet, dass die scheidende Bundesregierung noch zahlreiche Beamte mit Spitzenjobs in Ministerien und Behörden versorgen wolle. Allein in den Ressorts Inneres, Wirtschaft, Finanzen, Arbeit, Verteidigung und Justiz sowie im Kanzleramt seien in den vergangenen Wochen fast 200 Beamte in Jobs der sogenannten B-Besoldung befördert worden. Das Portal berief sich auf »teilweise interne Unterlagen der Ministerien«. Dabei gehe es um lukrative Stellen mit monatlichen Grundgehältern ab 7.123 Euro.

(AFP/JW)

Polen: Demo für Solidarität mit Flüchtlingen



Warschau. Zahlreiche Demonstranten sind in Warschau für einen würdigen Umgang mit Flüchtlingen auf die Straße gegangen. Unter dem Motto »Stoppt die Folter an der Grenze« zogen am Sonntag Hunderte Menschen vor den Sejm, die erste Kammer des Parlaments. Die Teilnehmer forderten ein Ende von Deportationen und lasteten den Behörden sogenannte Pushbacks, also gewaltsame Zurückführungen, an der polnischen Ostgrenze zu Belarus an. Auch in Krakau gab es eine Kundgebung. Die nationalkonservative Regierung in Warschau hat an der Grenze zu Belarus den Ausnahmezustand verhängt und einen Stacheldrahtzaun errichtet, der zu einer dauerhaften Befestigung ausgebaut werden soll.

(dpa/JW)

Tausende protestieren gegen Räumung

Berlin: Solidarität mit Bewohnern des »Köpi«-Wagenplatzes. Giffey rechtfertigt Polizeieinsatz

Aus Protest gegen die Räumung des »Köpi«-Wagenplatzes sind am Freitagabend Tausende Menschen in Berlin auf die Straße gegangen. Die Polizei sprach von einer Zahl im oberen vierstelligen Bereich. Unterstützer hatten zu einem »Tag X« aufgerufen und erklärt, nicht »kampflös« aufgeben zu wollen. 17 Personen wurden Behördenangaben zufolge festgenommen. Protest gab es unter anderem auch in Hamburg, wo etwa 500 Menschen demonstrierten.

Zuvor hatte die Polizei mit schwerem Gerät Barrikaden um den »Köpi«-Platz

geräumt und die rund 40 Bewohner abgeführt. Etwa 3.500 Beamte waren insgesamt im Einsatz, 76 Menschen wurden festgenommen. Bewohner und Unterstützer hatten sich hinter einem hohen selbstgebauten Zaun und weiteren Barrikaden verschanzt. Die Beamten durchbrachen diese mit Kettensägen, Trennschleifern und Räumpanzern, bevor sie auf den Platz vordrangen. Dort zogen sich einige Menschen auf Bäume zurück, was die Räumung ebenfalls verzögerte. Am Freitagabend rückten die Beamten mit Wasserwerfern an, um zu verhindern, dass das

Areal wieder betreten wird. Im Juni hatte der Grundstückseigentümer mit Hinweis auf eine Baugenehmigung erfolgreich auf Räumung geklagt. Einen Eilantrag der Bewohner zum Stopp der Zwangsvollstreckung wies das Berliner Kammergericht am Mittwoch ab. Das seit 1990 existierende Camp an der Köpenicker Straße in Berlin-Mitte gilt als eines der letzten Projekte der linken Szene in der Hauptstadt.

Die Auseinandersetzungen bei der abendlichen Demo kommentierte Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) mit den Worten, dies sei »keine

politische Haltung, sondern blinde Zerstörungswut«. Ähnlich äußerte sich am Sonnabend die designierte Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), die die »rechtmäßige Räumung« rechtfertigte. Es sei wichtig, Polizei und Einsatzkräften den Rücken zu stärken. Deshalb sehe das Sondierungspapier für eine neue Landesregierung aus SPD, Grünen und Die Linke ein klares Bekenntnis zum Ausbau des Personals vor, »zur Unterstützung derer, die dafür sorgen, dass der Rechtsstaat durchgesetzt wird«.

(dpa/JW)

jW wird herausgegeben von
 2.589 Genossinnen und
 Genossen (Stand 8.10.2021)
 www.jungewelt.de/lpg

